

**Rede auf der Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Kreisverband Nördliches Emsland auf der „Begräbnisstätte Esterwegen“
zum Antikriegstag am 6. September 2026**

Corinna Bittner, DIZ Emslandlager

Ich bedanke mich sehr für die Einladung, zum heutigen Tag eine Rede beitragen zu dürfen. Ich möchte außerdem meinen Dank aussprechen, an alle, die in Gesprächen meine Perspektiven angehört und diskutiert haben. Diese Themen entwickeln sich am besten im Dialog mit anderen.

Die Tradition des „Antikriegstages“ in der Bundesrepublik geht bis in die 1950er Jahre zurück. Die Anlässe waren dabei aus heutiger Sicht zweifacher Natur: Erstens gründete die Bundesrepublik 1955 die Bundeswehr, was gerade auch unter Überlebenden der NS-Verfolgung und Gewerkschafter:innen zu massiver Kritik führte. Die erste Friedensbewegung der Bundesrepublik begann vor dieser Debatte bereits Anfang der 1950er Jahre. Zweitens wählten die Gewerkschaften in dieser Zeit den ersten September als Datum für den Antikriegstag und damit den Jahrestag des Angriffs der Wehrmacht auf Polen im Jahr 1939. Zwei Jahre nach Gründung der Bundeswehr erinnerten sie so an den von den Nationalsozialisten begonnenen Zweiten Weltkrieg. Eine offensichtliche Mahnung.

Dieser Krieg hatte über Jahre hinweg Europa geprägt: die Besatzung europäischer Länder bedeutete Hunger, Gewalt und Unterdrückung der Zivilbevölkerung, mit Waffen voranschreitend begangen Wehrmachtssoldaten zahlreiche Kriegsverbrechen, die extremsten Formen der Verfolgung, die Shoah und der Genozid an den Sinti und Roma, wurden durch den Krieg erst in dieser Weise möglich. Millionen Deutsche, Männer und als sogenannte Flakhelferinnen auch Frauen, beteiligten sich in der Wehrmacht an diesem Krieg. Nicht immer war dieser Einsatz freiwillig, auf die Verweigerung und Desertion standen

schwere Zuchthausstrafen und in letzter Konsequenz auch die Todesstrafe. Dennoch wählten Hundertausende diesen Weg. Sie waren bereit für ihre Überzeugungen, seien sie politischer, religiöser oder anderer Art, zu sterben. Und: manche von ihnen mögen auch einfach „nur“ Angst gehabt haben – doch das verdeutlicht höchstens, wie grausam Krieg ist und wie unerträglich das Töten und Sterben darin. Tausende dieser Menschen wurden deswegen hier in die Emslandlager gebracht und inhaftiert.

Einer von ihnen war Ludwig Baumann, der in den 1940er Jahren desertierte und von einem Militärgericht verurteilt wurde. Ursprünglich zum Tode verurteilt war Baumann eine Zeitlang auch hier in der Nähe, in Esterwegen, bevor er über das Wehrmachtsgefängnis Torgau in ein sogenanntes Bewährungsbataillon eingezogen und somit wieder zum Kriegsdienst gezwungen wurde. Seine Weigerung, für die Nationalsozialisten Gewalt auszuüben, möglicherweise Menschen zu töten und sich an Kriegsverbrechen und Genozid zu beteiligen, führte nach 1945 jedoch nicht zu Anerkennung, geschweige denn einer finanziellen Entschädigung für die in der Haft erlittene Gewalt und die Traumatisierungen. Die Folgen dieser Erfahrungen prägten Baumann sein Leben lang – und prägen heißt hier: er hat massiv darunter gelitten. In seinen späteren Lebensjahren engagierte er sich dennoch in der Bundesrepublik zunehmend laut und mutig für die Anerkennung von Deserteuren und weiteren Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz: Er verteilte Flugblätter, hielt Reden, setzte sich für Denkmäler ein und war an der Rehabilitation der Opfer der NS-Militärjustiz durch die Bundesregierung, die erst 2009 umfänglich erfolgte, maßgeblich beteiligt. Ludwig Baumann begründete seine Desertion damit, dass er keinen Menschen töten wollte. Er hatte damit eine unmöglich scheinende Wahl getroffen. Er hätte entweder andere Menschen töten müssen, oder dies eben unter Androhung der Todesstrafe verweigern. Er entschied sich für letzteres.

Heute stehen wir, wenn wir über den Kriegsdienst in der Bundesrepublik sprechen, weniger konkret vor einer solchen Frage. Wir befinden uns hier heute

nicht im Kriegszustand. Aber nicht zuletzt das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz, das Anfang 2026 in Kraft getreten ist, zeigt eine gesellschaftliche und politische Veränderung im Umgang mit dieser Frage. Der Wehrdienst wird zunehmend als sicherheitspolitische Notwendigkeit behandelt, die Debatte um die Verweigerung gerahmt von der Vorstellung, durch die Bundeswehr könne und müsse unsere Demokratie und unsere Freiheit verteidigt werden. Es sind aktuell mehr der gesellschaftspolitische Diskurs und die Strategien der Bundeswehr, die den entsprechenden Aufwuchs an Soldat:innen erreichen wollen. Nicht die Verpflichtung, die 2011 ausgesetzt wurde, soll die Menschen dorthin ziehen, sondern Freiwilligkeit. Dazu setzt die Bundeswehr auf diverse Strategien. Die steigende Zahl von Besuchen von Jugendoffizieren in Schulen, die fortwährende Präsenz von Werbung im öffentlichen Raum sowie Tiktok- und Instagramkanäle normalisieren den Wehrdienst zunehmend. Zur Bundeswehr zu gehen, wirkt mitunter wie eine sichere Zukunfts- und Karriereentscheidung. Nur dass Kriegsdienst am Ende immer das *Potenzial* birgt, zu töten oder sich töten zu lassen, zu sehen wie Menschen sterben, und auch: sich an Kriegsverbrechen zu beteiligen. Selbstverständlich haben zahlreiche Soldat:innen bei den Einsätzen der Bundeswehr in den vergangenen Jahren traumatisierende Erfahrungen gemacht – ein Sprechen darüber ist auch in der Bundeswehr schwierig, Anerkennung und Entschädigung müssen erkämpft werden. Das alles sehen wir in den Informations- und Werbekampagnen der Bundeswehr nicht.

Zeitgleich haben wir aktuell und global diverse Kriege, in denen es tatsächlich auch um Verteidigung geht. Ich kann und werde mich zu keinem dieser Kriege konkret äußern. Weder Ukrainer:innen und Russ:innen noch Israelis und Palästinenser:innen, Kongoles:innen oder die Menschen im Sudan warten auf meine Meinungen zu diesen Kriegen, die jeden Tag ihr Leben bedrohen; die sie selbst nicht begonnen haben und in denen sie selbst nicht bestimmen dürfen, ob, wo wann wie gekämpft wird. Nur so viel also: Krieg ist etwas zutiefst Undemokratisches.

Ich bin mit dem großen Privileg aufgewachsen, selbst nicht unmittelbar von Kriegen betroffen zu sein. Natürlich habe ich den Krieg im Kosovo am Rande als Kind mitbekommen. Natürlich haben wir in der Schule über den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ der USA gesprochen. Natürlich habe ich das Leid der Menschen in Afghanistan genauso wahrgenommen wie die andauernden Konflikte im Nahen Osten. Zahlreiche weitere Kriege und Genozide, wie in Ruanda oder in Darfur, musste ich hier in der Bundesrepublik kaum wahrnehmen, sie schafften es gar nicht durch den westlich-kolonialen Schleier, der unsere Blicke vor diesen Ereignissen schützt.

Und hier komme ich zu dem Problem: Für mich war und ist es nicht mal eine Entscheidung, mich zum Kriegsdienst verpflichten zu lassen oder diesen zu verweigern – als Frau in der Bundesrepublik und im Frieden sozialisiert war das für mich nie eine konkrete Frage. Wie soll ich also darüber urteilen, ob Angriffskriege mit Waffengewalt beantwortet werden dürfen oder nicht? Wie soll ich Menschen, deren Häuser zerstört, deren Angehörige und Freund:innen durch Bomben und Drohnen getötet oder schwer verletzt werden, die selbst Menschen im Krieg töten, verletzen und ihre Lebensgrundlage zerstören, die ihr Leben lang davon Traumata behalten werden, wie soll ich diesen Menschen sagen, dass dieser oder jener Krieg nun aber gerechtfertigt sei, dass diese oder jene Seite kapitulieren oder sich wehren dürfe oder solle oder nicht? Mal ganz abgesehen davon, dass ich es anmaßend fände, zu behaupten, ich hätte genug Ahnung von den Regionen, den Menschen, die dort leben und den globalpolitischen Machtdynamiken, um solche Fragen zu beantworten.

Was ich aber kann und was wir können, ist eine Haltung zu diesen Themen zu entwickeln, uns dazu über unsere Geschichte und Verantwortung klar werden und schließlich Antworten auf andere Kriege wahrnehmen und diskutieren, die jenseits der Positionierung für oder gegen die eine oder andere Kriegspartei liegen.

Unsere Haltung kann und darf auch heute pazifistisch sein. Selbstverständlich ist die Aussage, absoluter Pazifismus sei realitätsfern, korrekt. Die Realität ist nun mal, dass Staaten und nichtstaatliche Organisationen Kriege beginnen und fortführen. Der Vorwurf der Realitätsferne meint aber vielmehr, dass die absolute Ablehnung von kriegerischer Gewalt, unter allen Umständen und in jeder Situation, keine mögliche Antwort auf kriegerische Gewalt sei. Der Historiker Jacques Semelin hat in seiner Studie über zivilen Widerstand im Nationalsozialismus jedoch die besondere Wirksamkeit dieses gewaltfreien Widerstands gerade auch gegen bewaffnete kriegerische Gewalt aufgezeigt. Er kann also ein Weg sein. Zu behaupten, dass der Nationalsozialismus auch ohne militärische Gewalt hätte besiegt und der Zweite Weltkrieg hätte beendet werden können, ist jedoch ahistorisch. Es war eben auch militärische Gewalt, die dieses Regime in die Knie gezwungen hat. Was wir also nicht tun sollten, ist eine absolut pazifistische Haltung gegenüber anderen Formen und Ausprägungen des Pazifismus überhöhen. Wie die meisten Überzeugungen und Ideologien, die wir haben, bedeuten diese immer ein Spektrum und eine Entwicklung. Auch Carl von Ossietzky wurde erst durch seine Erfahrungen und Beobachtungen des Ersten Weltkriegs zum Pazifisten. Wir alle haben Erfahrungen, Wissen und Meinungen, die die Urteile über konkrete Situationen beeinflussen, auch wenn wir grundsätzlich eine Haltung teilen - unsere Antworten fallen immer ein Stück weit unterschiedlich aus. Somit ist ein pragmatischer oder relativer Pazifismus ebenso wichtig und berechtigt. Wir müssen Frieden und Gewaltlosigkeit nicht in ihrer Absolutheit einfordern, wenn wir unseren Humanismus vertreten wollen und uns eine friedlichere Welt wünschen. Wir brauchen jeden Pazifismus, jede Kritik am Krieg und jedes noch so vorsichtige Hinterfragen.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist 1949 im Grundgesetz festgeschrieben worden. Die Aufnahme des Paragraphen war damals umstritten, sie resultierte aber aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus. Die Festschreibung dieses Rechts als Grundrecht änderte jedoch lange Zeit nichts an der gesellschaftspolitischen Haltung und dem Umgang mit denen, die von diesem

Recht Gebrauch machten. Sie bedeutete auch keine Anerkennung für diejenigen, die ohne diesen Schutz vor 1945 verweigert hatten. Deserteure und Saboteure der Wehrmacht galten in der Gesellschaft der Bundesrepublik lange als Feiglinge oder Verräter, weil sie eine Entscheidung getroffen hatten, die das eigene Leben kosten konnte, um andere Leben nicht zu nehmen. Diese Entscheidung ist selbstverständlich nicht feige, sie ist mutig.

Wir stehen heute dankbarerweise nicht vor einem Szenario, in dem von Deutschland ein Angriffskrieg ausgeht. Dennoch bleibt das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern fundamental für unsere Demokratie – und zwar auch im Verteidigungsfall. Der Bundesgerichtshof hat im vergangenen Jahr in Bezug auf einen ukrainischen Kriegsdienstverweigerer, der in der Bundesrepublik vor einer Auslieferung geschützt werden wollte, beschlossen, dass das Grundrecht auf Verweigerung im Falle eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs eingeschränkt werden könne. Die Rechtswissenschaftlerin Katrin Groh hat in Reaktion auf diesen Beschluss darauf hingewiesen, dass im Gegenteil der Artikel gerade im Kriegsfall gelte, und zwar unabhängig von den Ursachen dieses Krieges. Wenn wir unsere Demokratie verteidigen wollen, so nicht um den Preis, die Grundlage dieser Demokratie aufzuweichen oder zu hinterfragen und dazu gehört auch das Recht, zu verweigern. Unser Grundgesetz kann nicht in Abhängigkeit von geopolitischen Entwicklungen, über die wir nicht entscheiden, ausgelegt werden.

Eine Haltung entwickeln und uns über Geschichte und Gegenwart des Kriegsdienstes klar werden, bedeutet dabei nicht, dass wir Position beziehen *müssen* für die eine oder andere Kriegspartei in heutigen Konflikten. Deswegen möchte ich neben dieser grundsätzlichen Haltungsfrage und den Gedanken zum Kriegsdienst in der Bundesrepublik dennoch ein paar mögliche Antworten auf konkrete Kriegssituationen ansprechen: Sie lauten auch heute Verweigerung, Desertion und eine ausgreifende Kritik an jeglicher Kriegsbeteiligung. So können wir unseren Blick auf Kriegsdienstverweiger:innen in Israel richten, die dies aus

durchaus unterschiedlichen Gründen tun und übrigens ebenso mit Absolutheit wie auch mit Pragmatismus begründen. Wir können auf diejenigen Palästinenser:innen blicken, die die Organisation, Ideologie und die Mittel der Hamas ablehnen und sich für eine weiterhin friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen. Menschen in Russland kritisieren den Krieg gegen die Ukraine. Menschen in der Ukraine entziehen sich der Wehrpflicht. Menschen im Sudan verlassen ihr zuhause und begeben sich auf tödliche Fluchtrouten. Diese Menschen werden in den aktuellen Debatten sicherlich nicht von Allen konsequent übersehen. Aber ihre Stimmen und Geschichten sind kaum hörbar in der Lautstärke des vermeintlichen Besser-Wissens Unbeteiligter. Ich wünsche mir nicht nur, dass wir ihre Stimmen besser hören und ihre Geschichten ebenso erzählen, wie die von Deserteuren der Wehrmacht. Ich wünsche mir auch, dass wir unser Grundrecht auf Verweigerung als Verpflichtung verstehen, diesen Menschen Sicherheit zu gewähren. Dass wir unsere Geschichte als Erinnerung daran verstehen, dass Krieg Leid für die Zivilbevölkerung aber auch für diejenigen bringt, die freiwillig oder unfreiwillig in die Gewaltausübung als Soldat:innen geraten.